

Küsnacht, 1. August 2015

Festansprache

Prof. Dr. Martin Janssen
Küsnacht

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	1
1 Was hat uns stark gemacht?	2
1.1 200 Jahre Krieg mit dem Ausland: Der Aufstieg der Schweiz (1315 – 1515)	2
1.2 200 Jahre Konfessionskriege im Inland: Reformation und Gegenreformation (1515 – 1712)	3
1.3 165 Jahre ständische und politische Konflikte unter dem Einfluss Frankreichs (1648 – 1813)	3
1.4 32 Jahre Schweizerischer Staatenbund (1815 – 1847)	5
1.5 Zusammenfassung	6
2 Wo stehen wir heute?	7
2.1 Die Innenpolitik	7
2.2 Die Aussenpolitik	8
3 Wo liegen in der Zukunft die Chancen, wo die Gefahren?	9
3.1 Die Innenpolitik	9
3.2 Die Aussenpolitik	10
4 Schluss	13

Liebe Küsnachter, liebe Mitbürger, liebe Gäste

Einleitung

Wir wohnen in einem wunderschönen Land, um das uns die meisten Menschen auf der Welt beneiden. Lage und Natur der Schweiz sind ein Geschenk. Aber was unsere Vorfahren und wir selber damit gemacht haben, ist das Resultat von intelligenten Institutionen, von Werten, die uns verbinden, von besonderen Anstrengungen vieler Leute und vom Zusammenarbeiten von uns allen. Und das nicht erst seit kurzem, sondern seit mehr als 700 Jahren.

Wir dürfen aber nicht naiv sein. Der Wohlstand, die Attraktivität der Schweiz, das friedliche Zusammenleben sind keine Selbstverständlichkeiten, sondern müssen jeden Tag neu erarbeitet werden. Und die Erfolgchancen sind bei uns nicht besser als anderswo, im Gegenteil. Wir haben verschiedene Kulturen, vier Sprachen, unterschiedliche Religionen und Konfessionen. Wir haben keine Bodenschätze, keinen Zugang zum Meer und nur wenig Kulturland.

Ich möchte in meiner Ansprache der Frage nachgehen, warum wir Erfolg haben und was wir machen müssen, damit wir im Rahmen dessen, was wir beeinflussen können, auch weiterhin erfolgreich sind.

Konkret stelle ich drei Fragen:

- Was hat uns stark gemacht?
- Wo stehen wir heute?
- Wo liegen in der Zukunft die Chancen, wo die Gefahren?

Zur ersten Frage:

1 Was hat uns stark gemacht?

Die meisten von Ihnen kennen die Entwicklung der Schweiz seit ihrer Gründung. Im Bundesbrief von Anfang August 1291 geht es um Fragen der Rechtssicherheit nach innen sowie um Fragen der äusseren Sicherheit im Kriegsfall. Das Thema der fremden Richter wird ganz explizit angesprochen. Man war sich völlig einig: Kein Richter soll richten, der nicht Einwohner oder Landsmann ist.

Nach diesem Datum beginnt eine 557-jährige Periode, in der die moderne Schweiz entstand. Es ist eine Zeit voller Kriege und Konflikte auf der Suche nach den gemeinsamen Grundlagen für die moderne Schweiz. Ich möchte vier Zeitabschnitte unterscheiden, um das kurz darzustellen.

1.1 200 Jahre Krieg mit dem Ausland: Der Aufstieg der Schweiz (1315 – 1515)

Die Geschichte der Schweiz beginnt mit 200 Jahren Krieg gegen das Ausland. Die Schweiz steigt in dieser Zeit zu einem wichtigen Staatenbund in Europa auf, wurde dann aber 1515 jäh zurückgebunden.

Zu diesen Kriegen gehören die Schlacht am Morgarten (1315, also vor genau 700 Jahren), die Schlachten bei Laupen und bei Sempach, die Schlachten bei Näfels und bei Vögelinsegg, die Schlacht am Stoss, die Burgunderkriege und der Schwabenkrieg. Am Ende des Schwabenkriegs war die Schweiz eine bedeutende europäische Kraft.

1515, vor 500 Jahren, hingegen bezogen die Schweizer gegen Frankreich bei Marignano eine grausame Niederlage. Eigentlich waren die Schweizer selber schuld. Wegen Uneinigkeit liefen einige Kantone vom Schlachtfeld weg und überliessen die anderen dem viel moderner gerüsteten Heer der Franzosen.

Diese Niederlage hatte grosse Auswirkungen. Die Schweizer verloren die Lombardei und mussten ein Soldbündnis mit den Franzosen schliessen. Sie verpflichteten sich darin, nur noch den Franzosen Söldner zu liefern, im übrigen aber neutral zu bleiben.

1.2 200 Jahre Konfessionskriege im Inland: Reformation und Gegenreformation (1515 – 1712)

Kaum war die kriegerische Periode nach aussen beendet, begann mit der Reformation eine Periode von wiederum 200 Jahren mit inländischen Konfessionskriegen und -konflikten. Dazu gehören die beiden Kappeler Kriege von 1529 und 1531 sowie die Villmerger Kriege von 1656 und 1712. Die Konfessionskriege gingen teilweise so weit, dass religiöse Interessen über politische Interessen gestellt wurden. Betroffen war etwa die Westschweiz, wo sich katholische Orte der Schweiz mit Frankreich gegen reformierte Orte der Schweiz verbündeten. Das führte in der Westschweiz zu Gebietsverlusten. Es kehrte erst wieder eine relative Ruhe ein, als die beiden Konfessionen einander gleichgestellt wurden.

1618 begann in Europa der Dreissigjährige Krieg. Graubünden war vom Kriegsgeschehen stark betroffen, weil Franzosen und Spanier in Graubünden um die Alpenpässe Krieg führten. Abgesehen von den Söldnerlieferungen an Frankreich blieb die Schweiz in dieser Zeit neutral und war auch sonst nicht in den Krieg involviert.

Im Westfälischen Frieden von 1648 wurde der 30-jährige Krieg beendet. Für die Schweiz war dieser Friede darum so wichtig, weil ihre Unabhängigkeit von der Gerichtsbarkeit der deutschen Reichsgerichte von allen Parteien anerkannt wurde. Von jetzt an verhielten sich die eidgenössischen Orte nach aussen als unabhängige Staaten.

1.3 165 Jahre ständische und politische Konflikte unter dem Einfluss Frankreichs (1648 – 1813)

Parallel zu den Religionswirren brachen nach dem Westfälischen Frieden viele ständische und politische Konflikte aus. 1653, beispielsweise, fand in den Untertanengebieten von Bern, Luzern, Solothurn und Basel ein Bauernaufstand statt, der brutal niedergeschlagen wurde. Wegen dieser Brutalität und weil sich nichts änderte, haben viele Bauern die Schweiz verlassen und wurden in Deutschland ansässig.

Frankreich wurde in diesen Auseinandersetzungen zum Schiedsrichter zwischen den Parteien. Die Schweiz wurde unter dem Einfluss dieser fremden Richter mehr und mehr zu einem Protektorat Frankreichs.

Beeinflusst vom französischen Gedankengut, entstanden in dieser Zeit verschiedene neue Verfassungen: aristokratisch orientierte in Bern, Fribourg, Luzern und Solothurn, Zunft-orientierte in Basel, Schaffhausen und Zürich sowie Verfassungen zugunsten des Landadels und der Söldnerführer in den Landsgemeindeorten. Die Kluft zwischen Stadt und Land nahm zu, was im ganzen 18. Jahrhundert immer wieder zu Aufständen des einfachen Volkes führte. Diese Aufstände wurden alle mit grosser Härte niedergeschlagen.

Die aus England und Frankreich herkommende Aufklärung fand in diesem Umfeld viel Zuspruch; nicht nur beim einfachen Volk. Man begann, sich für Freiheit, Toleranz und gegen Standesunterschiede einzusetzen.

Wegen der Streitereien kamen in der Tagsatzung, wo einstimmig über gemeinsame Herrschaftsgebiete, die Aussenpolitik und Verteidigung entschieden wurde, praktisch keine Beschlüsse mehr zustande. Nicht einmal 1798, als die Franzosen in die Schweiz einmarschierten, konnte sich die Tagsatzung zu einem Entscheid durchringen.

Napoleon gründete in der Folge die Helvetische Republik nach französischem Muster. Die bisher selbständigen Staaten der Eidgenossenschaft wurden zu Departementen des Zentralstaates degradiert. Die Kantonsgrenzen wurden neu gezogen. Es gab beispielsweise einen Kanton Baden, Linth oder Säntis. Teile der Westschweiz fielen an Frankreich.

Die Zeit unter französischer Herrschaft zwischen 1799 und 1803 war sehr unruhig: Staatsstrieche, neue Verfassungen, neue Kantonsgrenzen. Dank der starken föderalistischen Tradition einigten sich die streitenden Parteien unter französischer Vermittlung aber schliesslich auf die Mediationsakte, eine föderalistische Verfassung. Die dreizehn alten Kantone wurden wieder selbständige Staaten, der helvetische Zentralstaat zum Staatenbund mit neu neunzehn Kantonen. Diese Vereinigung unabhängiger Staaten mit eigenen Verfas-

sungen hiess ab jetzt «Schweizerische Eidgenossenschaft». Wegen der Bedeutung des Simplonpasses für Frankreich wurde das Wallis eine unabhängige Republik und fiel dann an Frankreich.

Bis zu den Niederlagen Napoleons, 1813, blieb die Schweiz aber de facto ein Untertanenstaat Frankreichs. Schweizerische Truppen und Söldner nahmen deshalb u.a. am Russlandfeldzug teil.

1.4 32 Jahre Schweizerischer Staatenbund (1815 – 1847)

Fast genau vor 200 Jahren, am 7. August 1815, schlossen sich 22 Kantone im Bundesvertrag zu einem Bund unabhängiger Staaten zusammen. Wenige Wochen später haben die europäischen Grossmächte am Wiener Kongress die Schweiz in den heutigen Grenzen anerkannt. Um das strategisch wichtige Alpengebiet aus dem Einfluss Frankreichs zu herauszulösen, bekannte sich die Schweiz zur «immerwährenden bewaffneten Neutralität».

Die Kantone übernahmen jetzt wieder die Hoheit über das Geld-, Zoll- und Wehrwesen. Die Tagsatzung nahm die gemeinsamen Interessen des Staatenbundes wieder wahr. Auf diese konservative Restauration, d.h. die Wiederherstellung der alten Institutionen, zwischen 1815 und 1830 folgte eine zweijährige Periode der liberalen Regeneration. Diese liberale Basis war der kleinste gemeinsame Nenner für das Verständnis unter den Kantonen.

Die Spannungen unter Liberalen, Katholisch-Konservativen, den Anhängern einer direkten Demokratie mit allgemeinem Wahlrecht und jenen einer direkten Demokratie mit einkommensabhängigem Wahlrecht gingen aber weiter. Aufgrund dieser Polarisierung schlossen sich die meist ländlichen katholischen Kantone zu einem Sonderbund zusammen, um ihre Interessen zu wahren. Die liberale Mehrheit der Tagsatzung entschied sich aber für eine Auflösung des Sonderbunds, was im Sonderbundskrieg von 1847 geschah. Dies war der letzte bewaffnete Konflikt in der Schweiz.

Auf dieser mehrheitlich liberalen Basis entstand im September 1848 die neue Bundesverfassung, in der die Kantone einen kleinen Teil ihrer Kompetenzen an den Bund abtraten.

1.5 Zusammenfassung

Hinter dieser Geschichte der Eidgenossenschaft scheinen mir folgende Punkte wichtig:

- Die Beendigung der Kriege mit dem Ausland und die Kontrolle der Alpenpässe konnte durch die Erklärung der immerwährenden bewaffneten Neutralität erreicht werden.
- Die Konfessionskriege wurden erst dann beendet, als sich die Parteien zu einem Ausgleich und zu einer Gleichstellung der Konfessionen fanden.
- Der Ausgleich zwischen den aristokratisch ausgerichteten Bestrebungen und den Interessen des einfachen Volkes sowie zwischen unterschiedlichen politischen Vorstellungen wurden durch die Aufklärung und die Umsetzung des Freiheitsgedankens in der Form des liberalen Rechtsstaats beendet.
- Die Zeit der französischen Richter im 18. Jahrhundert, die mit der Besetzung der Schweiz durch die Franzosen endete, war die schlechteste Zeit der Schweiz seit ihrer Gründung 1291.

Man kann die über die Jahrhunderte entstandenen Werte mit Unabhängigkeit, Souveränität und bewaffneter Neutralität zusammenfassen. Bezogen aufs Inland sind es Subsidiarität mit Gemeindeautonomie, Demokratie auf allen drei staatlichen Ebenen, Gleichstellung der Konfessionen und liberaler Rechtsstaat mit Selbstverantwortung und Handels- und Gewerbefreiheit. Es ist das Zusammenspiel dieser Kräfte, die uns zu einer starken, erfolgreichen Nation gemacht haben.

Die Industrialisierung, die Arbeiterbewegung, der Generalstreik, die Einführung der AHV und viele andere Ereignisse haben die Schweiz in der Folge weiter verändert. Aber die konzeptionellen Grundlagen der heutigen Schweiz wurden vor 1850 gelegt. Zukünftige Veränderungen der Schweiz müssen an diesen Konzepten gemessen werden.

Zur zweiten Frage:

2 Wo stehen wir heute?

2.1 Die Innenpolitik

Wenn Sie die politischen Entwicklungen der letzten 25 oder vielleicht 50 Jahre eng mitverfolgt haben, stellen sie fest, dass mehr und mehr von diesen Prinzipien abgewichen wird.

- Das Subsidiaritätsprinzip wird zunehmend ausgehöhlt. Der Bund übernimmt laufend neue Aufgaben. Er ist in den letzten 30 Jahren um mehr als 100%, real um mehr als 75%, gewachsen und verbrauchte dafür fast das gesamte Wirtschaftswachstum. Für die Durchschnittsfamilie blieb kaum etwas übrig.
- Die Einnahmen des Bundes – leider auch jene der Gemeinden und der Kantone – über neue Steuern, über die Steuerprogression und über neue Gebühren steigen laufend an.
- Mehr und mehr entscheiden nicht-betroffene Beamte im fernen Bern, die – anders als Unternehmer und private Haushalte – keine Konsequenzen für Fehlentscheide zu tragen haben, was mit dem Geld der Bürger passiert. Die Selbstverantwortung wird auf diesem Weg mehr und mehr ausgehöhlt.
- Der Bund übernimmt zwar laufend neue Aufgaben. Im Bereich der eigentlichen Staatsaufgaben, d.h. bei der Wahrung der inneren und äusseren Sicherheit, wird er aber laufend schwächer.
- Der Leistungsausweis des Bundes bei den neuen Aufgaben ist mehr als unbefriedigend:
 - Betrachten Sie die AHV: Zählt man alle erwarteten Ausgaben und alle erwarteten Einnahmen der AHV zusammen, ergibt sich ein Minus von etwa 1000 Milliarden Schweizer Franken. Das ist mehr, als die ganze Schweiz in eineinhalb Jahren produzieren kann. Diese Zahl entspricht etwa 25 Jahre doppelte AHV-Beiträge. Das heisst 25 Jahre fast 20% und nicht fast 10% Prozent Lohnabzug. Und diese Zahl steigt laufend an. Irgend jemand wird diese Schuld durch echte Beiträge und oder

durch echten Verzicht abtragen müssen. Das Geld wird nicht einfach vom Himmel fallen.

- Oder schauen Sie die Pensionskassen an, die sich in einem engen staatlichen Korsett bewegen müssen: Seit etwa zwanzig Jahren müssen sie höhere obligatorische Renten ausbezahlen, als zuvor Kapital gebildet worden ist. Heute sind es etwa 50% mehr als der Lebenserwartung und den Kapitalmarktzinsen entsprechen würde; selbst wenn man nicht mit negativen Zinsen rechnet. Das fehlende Kapital wird einfach den jungen Erwerbstätigen weggenommen.
- Oder betrachten Sie das Gesundheitswesen: Wettbewerb und Selbstverantwortung sind hier fast zu Fremdwörtern geworden. Und die Kosten steigen jedes Jahr um mehrere Prozentpunkte schneller an als die übrigen Kosten.

Ganz Europa schüttet Häme über Griechenland aus, weil sie alle Schulden in die Zukunft verschoben haben. Ich sehe aber auch in der Schweiz in der AHV, im Pensionskassensystem, im Gesundheitswesen und an vielen anderen Orten griechische Verhältnisse.

2.2 Die Aussenpolitik

Die konzeptionellen Grundlagen unseres aussenpolitischen Erfolgs seit dem Westfälischen Frieden von 1648, d.h. Unabhängigkeit, bewaffnete Neutralität und Souveränität ohne fremde Richter, sind bis heute die Pfeiler unserer Aussenpolitik und Aussenhandelspolitik geblieben. Aber die Versuche von Parlament und Bundesrat, diese seit Jahrhunderten bewährten Konzepte in kleinen Schritten aufzugeben, sind unübersehbar.

In Bern spricht man sogar davon, das zukünftige Recht der EU zu übernehmen und sich dem Europäischen Gerichtshof zu unterstellen, um so die Bilateralen zu „retten“, wie es heisst. Ich bin überzeugt, dass wir damit auf einem ganz falschen Weg sind, der uns rechtlich und politisch zurück ins 18. Jahrhundert zurückwirft, wo wir ein Vasallenstaat Frankreichs waren und kaum mehr selber etwas entscheiden konnten.

Ich komme zum dritten Punkt:

3 Wo liegen in der Zukunft die Chancen, wo die Gefahren?

Ganz prinzipiell können wir Chancen wahrnehmen und Gefahren vermeiden, wenn wir unsere Politik im Inneren und gegen aussen auf Prinzipien stellen, die sich während langer Zeit bewährt haben.

3.1 Die Innenpolitik

Innenpolitisch heissen die Prinzipien Subsidiarität und Selbstverantwortung. Man könnte auch sagen, auf allen Stufen selber entscheiden und selber machen, wie das bereits jedes Kind will.

Ganz direkt bedeutet dies eine Stärkung der Gemeinde gegenüber dem Kanton und des Kantons gegenüber dem Bund. Es heisst aber auch weniger Finanzausgleich innerhalb des Kantons und zwischen den Kantonen. Es heisst weniger Regulation und mehr eigene Initiative, mehr Eigenverantwortung und weniger Staatseingriffe.

Wichtig scheint mir auch, dass wir die Regeln der gesunden Haushaltsführung in der AHV, im Pensionskassenwesen, im Gesundheitswesen und anderswo einhalten. Wenn wir schon mehr ausgeben als wir einnehmen und unsere Kinder und Kindeskinde die Sache ausbaden lassen, dann sollten wir das wenigstens vor uns selber transparent machen und nicht laufend neue Strategien suchen, um die Fakten zu vertuschen. Das gilt ganz besonders für den Bund.

Wir sollten uns auch wieder darauf einigen, dass viel mehr Dinge des täglichen Lebens über Freiwilligkeit gelöst werden. Ich kaufe mein Brot, mein Fahrrad, mein Buch und meinen Regenschirm freiwillig. Wir mieten die Ferienwohnung oder ein Auto freiwillig auf freien Märkten. Und ebenso werden Stiftungen, Schenkungen und Spenden freiwillig gemacht. Es macht einfach keinen Sinn, dass wir alles durch staatlichen Zwang und Behördenwillkür ablösen. Am Schluss des Tages sind es auch beim Staat nur Menschen, die ihren Wertvorstellungen, soweit es eben geht, freien Lauf lassen. Ich will lieber, dass jene Leute über Ausgaben entscheiden, die das Geld verdient haben, oder die in den Gemeinden wissen, was wir brauchen, als jene, die in Bern oder in Zürich in einem staatlichen Büro sitzen.

Wir können nicht einfach warten, um die Probleme, die wir uns in den letzten Jahren eingebrockt haben, zu lösen. Die Probleme verschwinden auch nicht einfach von selber wieder. Wir müssen uns dringend mit der AHV, mit den Pensionskassen, mit dem Gesundheitswesen und mit den Folgen der Zuwanderung, beispielsweise im Verkehr, auseinandersetzen. Die Lösungen auf der Basis der erwähnten Prinzipien sind eigentlich alle klar. Der Weg über neue Steuern hingegen führt ins Verderben.

3.2 Die Aussenpolitik

Die Schweiz wird genau dann eine erfolgreiche Zukunft haben, wenn die bewährten Prinzipien der Souveränität, der Unabhängigkeit und der bewaffneten Neutralität weiter befolgt werden. Ich hätte auch keine andere Meinung, wenn die Europäische Union nicht in einem so kläglichen Zustand wäre, wie sie es heute ist. Unsere Staatskonzepte sind auf eine langfristige Stabilität ausgerichtet, die nicht gegen scheinbare Vorteile in der kurzen Frist eingetauscht werden dürfen. Viele Konzepte der EU, der Euro ist nur ein Beispiel, sind dem Untergang geweiht. Und Gesetze der EU gelten nur so lange, als die grossen Staaten glauben, dass sie ihnen nützen. Ich erinnere nur an die Verletzung der Maastricht-Kriterien durch Frankreich und Deutschland vor mehr als zehn Jahren, als die beiden Länder – gegen Protest vieler kleiner Länder der Euro-Gruppe – viel zu viele neue Schulden gemacht haben. Das Schuldendesaster ist damals so richtig in Schwung gekommen.

Was folgt aus den genannten Prinzipien der Souveränität, der Unabhängigkeit und der bewaffneten Neutralität?

- Wir wollen, erstens, selber bestimmen, was gut für uns ist und was nicht, und wir wollen dieses Recht verteidigen. Es ist schwierig genug, die Interessen der Schweizer mit den schweizerischen Institutionen untereinander auszugleichen. Wir wollen nicht, dass Dritte, die uns kaum kennen, über unsere Zukunft entscheiden oder unsere Richter sind. Und vor allem wollen wir nicht jene als Richter, die sich nicht einmal an ihre eigenen Gesetze halten. Sie würden ohnehin nur ihre eigenen Interessen als Entscheidungsgrundlage unterstellen. Wir wissen aus unserer eigenen Geschichte, dass das für die Schweiz ganz schlecht herauskommen würde.

- Wir wollen, zweitens, anders sein dürfen als die anderen. Wir wollen bessere Produkte und Dienstleistungen anbieten können als das Ausland, damit wir Wohlstand schaffen können für alle Leute, die in der Schweiz wohnen. Wir wollen nicht mittels staatlicher Massnahmen oder schlechter Staatsverträge auf das deutlich tiefere Niveau Europas oder gar der Welt herabnivelliert werden. Wir wollen nicht durch die Behörden verordnete gleich lange Spiesse wie die anderen. Wir wollen unsere Mittel im internationalen Wettbewerb selber wählen; vielleicht ist es eine Steinschleuder und nicht ein Spiess.

Noch zwei kurze Bemerkungen: eine zur Migration und eine zu den bilateralen Verträgen.

- Zur Migration

Es ist Tradition der Schweiz, dass wir an Leib und Leben verfolgte Flüchtlinge ohne Wenn und Aber aufnehmen.

Mit den Wirtschaftsmigranten aus der EU und aus dem Rest der Welt ist es anders. Wir wissen, dass Migration unter gewissen Bedingungen die Wohlfahrt aller erhöht. Ich bin deshalb für freie Zuwanderung, wenn folgende Bedingungen effektiv umgesetzt werden:

- Keine Migration in die Sozialwerke
- Keine Migration ohne Einkauf in die Infrastruktur der Schweiz zu einem fairen Preis
- Keine Migration ohne Arbeitsplatz in der privaten Wirtschaft.

Es ist klar, dass es unter diesen liberalen Bedingungen viel weniger Migranten aus der EU und aus der Dritten Welt geben wird.

- Zu den Bilateralen:

Wir brauchen Verträge mit dem Ausland, die unsere Interessen wahren und sich an die sich verändernden Umstände des Lebens anpassen. Wenn Volk und Stände beschliessen, die Zuwanderung wieder in die eigene Hand zu nehmen und das in der Verfassung festschreiben, so gilt das. Ich will die bilateralen Verträge aber deswegen nicht kippen. Erstens glaube ich, dass eine Umsetzung dieser Verfassungsbestimmung auch ohne Verletzung der Bilateralen möglich ist, wenn man sich bemühen würde. Und zweitens müssen wir uns bewusst sein, dass die Bilateralen kein Geschenk der EU an die Schweiz sind. Die Bilateralen sind ein Vertragswerk, das im Interesse beider Parteien ausgehandelt wurde. Es kann gemäss den Vertragsbestimmungen gekündigt und im beidseitigen Interesse neu verhandelt werden. Die Italiener und Deutschen, um nur ein Beispiel zu nennen, wollen weiterhin mit ihren grossen Lastwagen durch den Gotthard fahren.

Wenn sich der Bundesrat nicht schon auf die Seite der EU schlägt, bevor er in Brüssel angekommen ist und das in den Medien sogar so ankündigt, werden wir sicher gute neue Verträge aushandeln können.

Ich komme zum Schluss:

4 Schluss

Das Leben, das sich aus der Befolgung dieser Prinzipien ergibt, wird für alle, die sich anstrengen wollen, die fleissig sind und die den anderen gegenüber Respekt bezeugen, deutlich besser werden. Es darf auch für echt Bedürftige nicht schlechter werden, als es sonst wäre.

Ich bin aus vielen Gründen sehr positiv, dass die Schweiz den Weg in eine erfolgreiche Zukunft finden wird:

- Wir wissen, dass uns die Souveränität der Schweiz, die Unabhängigkeit und die bewaffnete Neutralität stark gemacht haben.
- Wir sind wissen, dass unsere Prinzipien des Interessenausgleichs und des liberalen Rechtsstaats zu stabilen und fairen Lösungen geführt haben und dies weiterhin führen werden.
- Es wird uns zunehmend bewusst, dass der Bund in den letzten 25 Jahren völlig überzogen hat und dass wir dringend einen Weg aus unseren eigenen griechischen Verhältnissen finden müssen.
- Wir realisieren langsam, dass wir mit der EU sehr wohl verhandeln können, wenn wir uns nicht allzu dumm anstellen. Wir müssen nicht für die EU denken; das tut sie selber. Wir müssen für uns denken. Wir können dabei davon ausgehen, dass die EU jene Teile der Bilateralen, die sie interessieren, ebenfalls weiter führen wollen. Und das ist fast alles.
- Schliesslich realisiere ich in meinem beruflichen Umfeld als Lehrer und Unternehmer, wo ich viel mit jungen Leuten zu tun habe, dass die Jungen den Aufbruch zu mehr Selbstverantwortung wagen wollen. Wenn wir sie tatkräftig unterstützen, werden sie das auch tun.